Gerhard Poschacher

Geboren 1942 in Bruck/ Glocknerstrasse; verheiratet, zwei Kinder (Sohn, Tochter).

Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule landwirtschaftliche Praxis auf verschiedenen Betrieben im In- und Ausland, Höhere Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum; 1962 Matura mit Auszeichnung; 1967 Universität für Bodenkultur, Wien, Dipl.-Ing. agr.; 1984 Dr. rer. nat. Berufliche Tätigkeit in der Raiffeisen Landesbank in Wien; 1968 bis 2003 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Abteilungs- und Gruppenleiter für Agrarpolitik, ländliche Entwicklung und Statistik sowie Öffentlichkeitsarbeit; 25 Jahre verantwortlicher Redakteur für die Zeitschrift „Förderungsdienst"; seit 2003 als Publizist und Politikberater tätig. 1986 bis 2002 Lehrbeauftragter für Agrarpolitik an der Veterinärmedizinischen Universität Wien;

1990 bis 1997 Obmann des Land- und Forstwirtschaftlichen Rechenzentrums (LFRZ) in Wien; 1994 Ernennung zum Professor; 1997 bis 2000 Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie (ÖGA); 2000 Ehrensenator der Universität für Bodenkultur. Zahlreiche Auszeichnungen des Bundes und der Länder sowie verschiedener Organisationen, u. a. Großes Silbernes Ehrenzeichen der Republik Österreich und Silbernes Komturkreuz des Landes Niederösterreich;

1981 Hartmann- und 1990 Kudlich-Preis für publizistische Leistungen. Über 200 Grundsatzartikel zur Agrar- und Umweltpolitik; Mitarbeiter in- und ausländischer Zeitungen und Pressedienste, seit 1968 Österreichkorrespondent für Agrar-Europe, Bonn. Bücher: Agrarpolitik im Wandel; Wien, 2003; Von Figl zu Fischler, Mitautor und Mitherausgeber; Graz, 2005.

Kontakt Prof. Dr. Gerhard Poschacher
Ada-Christengasse 2/G/10
1100 Wien
Österreich
Tel. und Fax: (+43)(0)1/6899679
E-Mail: anna.poschacher@utanet.at

Gerhard Poschacher

Besser leben ohne Bauern – ist das EU-Agrarsystem zukunftsfähig?

Besser leben ohne Bauern? Diese provokante Frage stellte vor 40 Jahren der bekannte Publizist Karl Pisa, um dann festzustellen, dass in der Agrarpolitik etwas geschehen muss. Schon damals war klar, dass die Bauern Leistungen für die Gesellschaft erbringen, ohne dafür ausreichend honoriert zu werden.

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik ist eines der Fundamente der Europäischen Union. Nichtsdestotrotz ist die europäische Landwirtschaftspolitik nicht erst seit einigen Monaten in der Kritik. Zwar hat sie in den vergangenen Jahrzehnten bewirkt, dass Hunger und Unterernährung in der EU fast vollständig verschwunden sind, dass der Strukturwandel in den letzten 40 Jahren weitestgehend sozialverträglich gestaltet werden konnte und dass einem nicht geringen Teil der Landwirte und ihrer Familien ein annehmbares Auskommen ermöglicht wurde. Sie hat aber auch Anreize geschaffen, die Anbau- und Zuchtmethoden zu intensivieren, mit einer Reihe von unerwünschten Nebeneffekten. Die Ziele des EG-Vertrages, den europäischen Verbrauchern Lebensmittel zu möglichst günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Landwirten ein möglichst hohes Einkommen zu sichern, ließ sich nur durch die Bereitstellung öffentlicher Gelder verwirklichen. Dieser Zeitraum brachte epochale Veränderungen in der Landwirtschaft mit sich: Übergang zur Fremdenergie und biologisch-technischer Fortschritt.

Günstige Lebensmittelpreise für Verbraucher, möglichst hohes Einkommen für Landwirte

Heute im 21. Jahrhundert ist die Landwirtschaft wieder ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ackerbau und Viehzucht liefern qualitativ hochwertige Lebensmittel in ausreichender Menge. Aber BSE, die Maul- und Klauenseuche oder die Vogelgrippe haben vor Augen geführt, wohin bedenkliche Produktionsmethoden führen. Die Landwirtschaft geriet in eine Sackgase, die aufrüttelte.

Das Ergebnis ist ein Vertrauensverlust der Bürger. In der öffentlichen Diskussion werden Fragen aufgeworfen, die längst beantwortet schienen. Nach BSE, nachdem Millionen Tiere aus ökonomischen Gründen auf dem Scheiterhaufen verbrannt oder verscharrt wurden, fragten sich viele: Was können wir noch essen? Dürfen wir so mit unseren Tieren umgehen? Was wird aus unserer Landwirtschaft, wenn es mit der Landwirtschaft so weitergeht?

Was können wir noch essen?

Der Wertewandel, der wirtschaftliche Verdrängungswettbewerb (Globalisierung) sowie der zunehmende Verteilungskampf der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen um öffentliche Gelder

Staatliche Transferzahlungen in Milliardenhöhe stehen auf dem Prüfstand

lassen erhebliche soziale Spannungen erkennen. Liberale Ökonomen werfen der Land- und Forstwirtschaft vor, mit etwa 4 Prozent der Erwerbstätigen nur noch 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erwirtschaften. Die staatlichen Transferzahlungen – 2.420 Millionen Euro in Österreich – stehen auf dem Prüfstand, vor allem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Einkommen und die Verteilung zwischen den Betriebsgrößen.

Die gesellschaftliche Leistung des Sektors ist in Geld schwer auszudrücken

Dazu vorweg eine Bemerkung: Im Bundesvoranschlag 2006 waren für das gesamte Agrarbudget weniger Mittel veranschlagt als für die Pensionsaufwendungen der ÖBB. Das Fehlen einer Ökologischen Gesamtrechnung, die über den monitär messbaren Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP auch die gesellschaftlichen Leistungen des Sektors berücksichtigen, erschwert die sachliche Diskussion über die staatliche Subventionspolitik. Die Zukunftsfähigkeit der EU-Agrarpolitik wird auch von den Entscheidungen in der Welthandelsorganisation (WTO) abhängig sein, mit dem Ziel den Handel mit Gütern und Dienstleistungen möglichste fair zu gestalten.

Globale Trends

Die Beschäftigungswende der letzten beiden Jahrhunderte

Als in Zentraleuropa die industrielle Revolution vor ungefähr 200 Jahren begann, waren 90 Prozent der Menschen im so genannten primären Sektor, also überwiegend in der Landwirtschaft tätig. Am Ende des 19. Jahrhunderts war der den primären Sektor in seiner Hauptrolle ablösende sekundäre Sektor der industriellen Produktion der Bedeutendste. Mehr als 50 Prozent der Menschen waren damals im industriellen Sektor tätig. Um 2000 herum wurde der sekundäre Sektor in seiner Hauptrolle durch den tertiären Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleistungstätigkeiten abgelöst. Heute sind mehr als 50 Prozent der Menschen in unserer Hemisphäre im tertiären Bereich tätig und nur noch 2 bis 5 Prozent in der Landwirtschaft.

In Europa ist auf absehbare Zeit kein Mangel an Nahrungsmittel zu erwarten. Trotzdem erscheint eine gewisse Grundabsicherung notwendig.

Bedeutung der Produktqualität nimmt zu

Die Bedeutung der Produktqualität wird zunehmen. Dazu gehört auch die Art, wie ein Produkt erzeugt wird, also tier- und umweltgerechte Produktion.

Es wird kein lineares Wirtschaftswachstum möglich sein, dafür wird das qualitative Wachstum umso wichtiger werden. Die Politik wird in diesem Sinne Prioritäten setzen müssen.

Europa ist enger zusammengewachsen. Es werden immer mehr Kompetenzen an die europäische Ebene abgegeben, die Regionen gewinnen aber an Selbstbewusstsein und fordern mehr Teilhabe und Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen.

Die Stärkung der sozialen Kohäsion durch Abbau der Einkommensunterschiede zwischen den Regionen des Nordens und des Südens, des Ostens und des Westens, wird zu einer der Hauptaufgaben der Zukunft, nicht zuletzt im Hinblick auf die Vermeidung großer Wanderungsbewegungen.

Der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion verstärken den Wettbewerb und die horizontale und vertikale Konzentration.

Verstärkter Wettbewerb durch den Binnenmarkt

Der verantwortliche Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen gewinnt an Bedeutung. Der Handlungsbedarf für die Politik wird stark zunehmen. Ökologische Leistungen der Landwirtschaft werden im zunehmenden Maße nicht mehr als externe Effekte anfallen, sondern originäre Leistungen sein, die honoriert werden müssen.

Der Verbrauch und die Beanspruchung land- und forstwirtschaftlicher Flächen werden weiter fortschreiten. Die Erhaltung der nachhaltigen Bodenfruchtbarkeit wird zunehmend wichtig.

Die globalen Umweltprobleme wachsen. Langfristig sind Klimaverschiebungen mit zum Teil unvorhersehbaren Auswirkungen nicht auszuschließen. Um eine bedenkenlose Ausbeutung nicht regenerierbarer Ressourcen zu bremsen, wird eine neue Bewertung dieser Energieträger stattfinden müssen.

Für eine neue Bewertung der Energieträger

Der Bevölkerungsdruck nimmt in Teilen der Welt zu, so dass die Welternährungslage durch die zunehmenden Ungleichgewichte gekennzeichnet sein wird. Entwicklungsländer werden ihren Anteil am Weltwohlstand einfordern. Um jedoch in Notfällen eine wirksame Hilfe geben zu können, muss die Nahrungsmittelproduktion der entwickelten Länder auf einem gewissen Niveau abgesichert sein. Gleichzeitig muss den Entwicklungsländern die Möglichkeiten gegeben werden, eine eigene funktionsfähige Landwirtschaft aufzubauen.

Der Wertewandel in europäischen Gesellschaften läuft weiter in Richtung einer zunehmenden selbstbestimmten Lebensführung. Daraus resultiert eine wachsende Differenzierung der Bedürfnisse und Ansprüche der Lebens- und Altersstile.

Selbstbestimmte Lebensführung bringt eine Differenzierung der Bedürfnisse

45 Jahre Europäische Agrarpolitik

Die 1962, fünf Jahre nach Gründung der EG eingeführte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist bis heute, mehrfach reformiert, die einzige Gemeinschaftspolitik. Marktstützungen und Direktzahlungen sind ihre Kernelemente und stehen angesichts knapper, meist verschuldeter öffentlicher Haushalte auf dem Prüfstand. Im Jahre 2007 umfasst der EU-Haushalt rund 115,6 Milliarden Euro (1,02 Prozent BNP), wobei der Löwenanteil des Mittelzuwachses auf die neuen Beitrittsländer entfällt. Im Bereich der Agrarpolitik werden die Ausgaben auf 50,1 Milliarden Euro steigen, der erweiterungsbedingte Finanzbedarf wird von der Kommission auf mehr als drei Milliarden Euro geschätzt. Der Anteil am gesamten EU-Etat macht 46 Prozent aus und soll bis 2013 auf etwa 32 Prozent sinken.

46 Prozent des EU-Budgets entfallen auf die Förderung der Landwirtschaft

Bezogen auf alle Staatsausgaben machen die Aufwendungen für die Land- und Forstwirtschaft allerdings nur 1 Prozent aus, Tendenz sinkend. Für die Verteidigungspolitik wird im Vergleich dazu das Vierfache ausgegeben.

Die nationalen Agrarausgaben betragen ein Viertel des Verteidigungsbudgets

Zwischen 1980 und 2000 wurden mehr als die Hälfte der EU-Mittel für die Agrarpolitik aufgewendet. Mit den Reformen 1992 und 2000/2003 wurden erhebliche Systemänderungen erreicht. Im Jahre 1991 wurden noch 90 Prozent der Mittel für die Marktstützung benötigt, 2006 nur noch 17 Prozent. Die Direktzahlungen machten 1991 etwa 10 Prozent aus, im Jahr 2006 68 Prozent.

Nicht Subventionen, sondern Leistungsentgelte

Dazu ein offenes Wort: Die Landwirtschaft ist weder der einzige noch der größte Subventionsempfänger. Der Begriff „Subventionen" ist negativ besetzt, weil die Ökonomen darunter staatliche Transferzahlungen ohne Gegenleistung verstehen. Leistungsentgelte (Umweltzahlungen, Ausgleichszahlungen) wären richtig. Allerdings wurde verabsäumt, das veraltete System der VGR zu einer ÖGR weiterzuentwickeln. Die in anderen Wirtschaftsbereichen festzustellenden Vorurteile gegenüber Zahlungen an die Landwirtschaft sind ökonomisch aber falsch.

Warum? Die Verbraucher profitieren doppelt:

– hochwertige Nahrungsmittel zu günstigen Preisen (16 Prozent Ernährungsausgaben);
– Kulturlandschafts- und Umweltschutz (Artenvielfalt, Boden, Wasser).

Unbegründeter Vorwurf des Protektionismus

Der Vorwurf des Protektionismus ist unbegründet. Die EU führt aus Entwicklungsländern mehr Nahrungsmittel ein als die USA, Kanada, Japan und Australien zusammen (USA 10 Prozent der Einfuhren aus den 49 ärmsten Ländern; EU: 73 Prozent).

Im Übrigen sollen die viel kritisierten Marktstützungen zugunsten einer integrierten ländlichen Entwicklungspolitik schrittweise abgebaut werden.

Die Reformmaßnahmen

Die GAP-Reform 2003 ist die gravierendste in der Geschichte der Gemeinschaft und wird in Österreich seit 2005 umgesetzt. Die Haushaltsmittel sollen trotz Erweiterung bis 2013 gedeckelt bleiben und 1,24 Prozent des BNE nicht überschreiten.

Die Ziele der Agrarpolitik wurden neu formuliert

Die Ziele der Reform sind:

– Grundlegender Richtungswechsel mit dem Ziel, die Agrarpolitik gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen.
– Entkoppelung der Ausgleichszahlungen von der Erzeugung: in Österreich einheitliche Betriebsprämie.
– Bindung an ökologische Auflagen (Cross compliance).
– Kürzung der Ausgleichszahlungen – Modulation.
– Stärkung der ländlichen Entwicklungspolitik für Österreich: Grüner Pakt.

Das Herzstück der neuen Agrarpolitik ist das ländliche Entwicklungsprogramm 2007/2013. Von 2000 bis 2006 wurden dafür rund 7,3 Milliarden Euro, davon 3,4 Milliarden Euro von der EU, aufgewendet. In der kommenden Programmperiode werden es fast

8 Milliarden Euro sein. Schwerpunkte sind: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft Bildung, Beratung, Absatzförderung, Investitionen; Verbesserung der Umwelt (Ausgleichszulage, ÖPUL, Naturschutz); Regionale Projekte (Fremdenverkehr, Dorferneuerung, Lebensqualität)

Ländliches Entwicklungsprogramm als Kern der neuen Agrarpolitik

Schwerpunkte sind: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft Bildung, Beratung, Absatzförderung, Investitionen; Verbesserung der Umwelt (Ausgleichszulage, ÖPUL, Naturschutz), Regionale Projekte (Fremdenverkehr, Dorferneuerung, Lebensqualität).

Wachstumspolitik für den ländlichen Raum

Die Arbeitslosigkeit ist eine der Geißeln unserer Gesellschaft, denn Arbeit gehört zur Würde des Menschen. Eine offensive ländliche Entwicklungspolitik leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Im internationalen Vergleich kommt dem ländlichen Raum in Österreich ein hohes Gewicht zu, denn mehr als ein Drittel des Nationaleinkommens wird hier erwirtschaftet. Allerdings lebt fast die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum, was zeigt, dass die anderen Regionen erheblich produktiver sind.

Im ländlichen Raum wird ein Drittel des Nationaleinkommens erwirtschaftet

Die geringe Dichte der Wirtschaftsaktivität und lange Verkehrswege reichen nicht aus, um den Rückstand der ländlichen Gebiete zu erklären. Weitere Faktoren sind eine geringere Beteiligung – vor allem der Frauen – an der Erwerbsarbeit. Gut Ausgebildete finden nur wenige der Qualifikation entsprechende Arbeitsmöglichkeiten, und viele Beschäftigte nehmen lange Pendeldistanzen zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf.

Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen wuchs die Wirtschaft in ländlichen Regionen in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Innerhalb der EU trifft dies neben Österreich nur auf Irland zu.

In einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) wird daher vorgeschlagen, die regionalen Chancen durch verstärkte Kooperation zu nutzen. Regionalisierung ist das beste Konzept gegen die Globalisierung. Die Förderung der Landwirtschaft, die jährlich etwa 6 Milliarden Euro investiert, trägt auch wesentlich zur Arbeitsplatzsicherung im vor- und nachgelagerten Sektor bei.

Verstärkte Chancen durch regionale Kooperation

Die so genannte zweite Säule soll die Marktpolitik ergänzen und an Bedeutung gewinnen. Der neu geschaffene Europäische Landwirtschaftsfonds (ELER) wurde geschaffen und für alle 27 Mitgliedsländer ab 2007 mit rund 88 Milliarden Euro bis 2013 gespeist.

Die für 2008 angekündigte Überprüfung der Agrarpolitik sollte aus österreichischer Sicht auch einiges bedenken. Mehr nationale Spielräume in der ländlichen Entwicklungspolitik wären ein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Systems. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Mehrebenenbeteiligung (EU, Bund, Länder) in eine Verflechtungsfalle führt. Dezentrale Entscheidungsstrukturen sollten gestärkt werden. Die Entscheidungskompetenz der EU

Evaluierung im nächsten Jahr

Mehr Entscheidungsbefugnisse für die nationale Ebene

sollte sich in Zukunft auf übergeordnete Probleme (Natura 2000, Klimaschutz, Wettbewerb) konzentrieren.

Besorgniserregender Strukturwandel: Immer weniger Bauern sind aktiv

Die permanente Reformdiskussion verunsichert viele bäuerliche Familien. Investitionen und betriebliche Planungen benötigen Sicherheit. Einige Fakten geben aber zur Besorgnis Anlass. So nimmt der Strukturwandel bedenkliche Ausmaße an, vor allem in günstigeren Produktionslagen. Seit 1980 nahm die Zahl der Betriebe von etwa 318.000 auf 137.000 (2005) ab, wobei 61 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im benachteiligten Gebiet oder im Berggebiet lagen.

Zukunftsängste steigen

Die Zukunftsängste steigen. Eine Umfrage (2005) der niederösterreichischen Gutsverwaltung Hardegg bei 400 Landwirten im Bundesgebiet ergab unter anderem, dass 29 Prozent der Befragten davon ausgehen, dass ihr Betrieb in der nächsten Generation nicht mehr weitergeführt wird. Besonders ausgeprägt ist die Resignation bei jenen Bauern, deren Höfe kleiner als 20 Hektar sind. Mehr als 60 Prozent der Betriebe in Österreich entfallen auf diese Größenklasse.

Die zunehmende Bürokratisierung der Agrarpolitik wird von vielen Betriebsführern, davon ein Drittel Frauen, mit Sorge registriert.

Kampf gegen die Bürokratisierung

Mit einem Aktionsplan zur Vereinfachung der EU-Agrarpolitik versucht die EU-Kommission seit Oktober 2006 auf den wachsenden Unmut über die Bürokratisierung zu reagieren. Zunächst soll es aber nur um „technische“ Vereinfachungen gehen. „Politische Vereinfachungen“ sollen erst 2008/09 beim so genannten „Health Check“ (Gesundheitsüberprüfung) zur Sprache kommen. Agrarkommissarin Fischer Boel hat angekündigt, es müsse dort über ein Ende der obligatorischen Flächenstilllegung gesprochen werden. Auch die anstehenden Reformen im Weinmarkt sowie bei Obst und Gemüse zählt die Kommissarin zur „politischen Vereinfachung“.

Diskussionen um gemeinsame Marktordnung

Im Bereich der „technischen Vereinfachung“ sollen 21 EU-Marktordnungen zu einer einzigen gemeinsamen Marktordnung zusammengefasst werden. Dazu wurde Ende Dezember ein erster Entwurf vorgelegt. Viele Verbände der Agrarwirtschaft stellen sich aber die Frage, welche Vorteile und Vereinfachung diese Zusammenfassung von 21 Marktordnungen für die Wirtschaftsbeteiligten mit sich bringt. Noch ist unklar, ob der Umgang mit den Regelungen durch diese Zusammenfassung erleichtert oder erschwert wird.

Im Berg- und Grünlandgebiet bremst die Unsicherheit, was nach den Milchquoten kommt, unternehmerische Entscheidungen, weil sich Investitionen langfristig rentieren müssen.

Die öffentlichen Gelder (AZ, ÖPUL, Marktordnungsprämien) haben einen bedeutenden Anteil am Ertrag und machen gemäß Grünem Bericht durchschnittlich 17.700 Euro aus. Durch die Deckelung des EU-Budgets bis 2013 werden sie real erheblich an Wert verlieren.

Zukunftsfähigkeit der Agrarpolitik

Das jetzige Agrarsystem ist zu kompliziert

Das jetzige Agrarsystem ist zu kompliziert und hinsichtlich der Einkommenswirkung und Verteilung der Fördergelder verbesserungsfähig.

Der Verfassungsgerichtshof beanstandete 2005 die Durchführung der EU-Marktordnung (Betriebsprämienmodell) in Österreich. Der notwendigen Anpassung im Rahmen eines Agrarrechtsänderungsgesetzes im Juni 2007 ging ein unliebsames Politschauspiel zwischen SPÖ und ÖVP, von Bauerndemonstrationen begleitet, voraus. Diese Auseinandersetzungen über die Verteilung der Fördermittel und ihre Auswirkungen auf die bäuerlichen Einkommen erinnerten an die ständigen Kontroversen zwischen Volkspartei und Sozialisten über die Zukunftsfähigkeit des heimischen Agrarsystems in den Jahrzehnten vor dem EU-Beitritt. Bauern brauchen aber für ihre betrieblichen Planungen, wie jedes andere Unternehmen auch, verlässliche Rahmenbedingungen.

Einige Anmerkungen dazu.

Die Überprüfung der EU-Ausgaben sollte davon abhängig gemacht werden, was nach 2013 noch in Brüssel zu entscheiden ist und was in den Mitgliedstaaten (Subsidiarität). Durch die Entkoppelung der Direktzahlungen sind die regionalen und betrieblichen Verteilungseffekte der EU-Agrarpolitik noch deutlich sichtbar geworden. So haben britische Wissenschaftler kürzlich veröffentlicht, dass die Haushaltsmittel überwiegend den wohlhabenderen Regionen mit großbetrieblicher Getreide-, Milch- und Rindfleischproduktion in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden zugute kommen, während Gebiete mit kleinbetrieblicher Produktion mediterraner Erzeugnisse in Spanien, Italien und Südosteuropa, aber auch kleinstrukturierte Gebiete in Polen relativ benachteiligt werden.

Sockelbetrag nur für Betriebe, die umweltgerecht produzieren

Umverteilungsdiskussionen lösen die Probleme nicht. Es wäre vielmehr zu überlegen, in Zukunft nur noch einen Sockelbetrag für jene Betriebe zu zahlen, die eine umweltgerechte Agrarproduktion gewährleisten. Die Vielfalt der Programme ist nicht zukunftsfähig. Fläche und AK könnten als Kriterien dienen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich die gegenwärtige Struktur der Direktzahlungen mit einkommens- bzw. verteilungspolitischen Begründungen nicht rechtfertigen lässt. Man muss kein Anhänger der EU-weiten Kampagne für eine Offenlegung aller Direktzahlungen hinsichtlich der absoluten Höhe und der Empfänger sein, um zu erkennen, dass die heutigen Zahlungen für eine langfristig tragfähige Einkommenspolitik untauglich sind.

Einkommen durch nationale Steuer- und Sozialpolitik gestalten

Die Politik wird sich allerdings entsprechend des Vertrauensschutzes für die Landwirte der Frage nicht entziehen können, ob nach 2013 eine sektorale Einkommenspolitik noch sinnvoll ist. Effizienter wäre dies im Rahmen der nationalen Steuer- und Sozialpolitik zu bewältigen, was auch der Wissenschaftliche Beirat in Berlin fordert.

Umwelt- und tierschutzpolitische Anreizsysteme sollten grundsätzlich in der 2. Säule verankert werden. In der 1. Säule der EU-Agrarpolitik wäre langfristig allenfalls ein Prämien-Grundsockel begründbar, sofern die Gesellschaft die Erstellung öffentlicher Güter fordert und dies anderweitig nicht in ausreichendem Maße erreicht werden kann.

Starke EU ist für die Landwirtschaft lebensnotwendig

Für keinen Wirtschaftssektor ist eine starke und entscheidungsfähige EU so überlebensnotwendig wie für die Land- und Ernährungswirtschaft. Sie ist der am stärksten, aber einseitig europäisch integrierte Wirtschaftsbereich. Neben den Vorteilen aus einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt gibt es eine Vielzahl von Nachteilen und Wettbewerbsverzerrungen zwischen den europäischen Mitgliedsländern. Das heißt, auf der Absatzseite gelten europäische Marktregelungen, während auf der Beschaffungs- bzw. der Kostenseite noch weitgehend nationale Regelungen vorherrschen. Beispiele sind die Besteuerung von Kraftstoffen und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Insofern hat die Land- und Ernährungswirtschaft ein vitales Interesse an einer fortschreitenden Vertiefung der europäischen Politik, sprich der zunehmenden europäischen Integration von Politikbereichen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft betreffen.

Visionen für eine bäuerliche Landwirtschaft

Internationale Massenmärkte und regionale Qualitätssegmente

These 1: Die Agrarpolitik wird nach 2013 weitgehend marktorientiert und in die ländliche Entwicklungspolitik integriert sein.

These 2: Die Märkte werden sich mehr als bisher in internationale Massenmärkte und regionale Qualitätssegmente differenzieren.

These 3: Die Landwirtschaft wird sich stärker regionalisieren.

These 4: Multifunktionalität bedeutet: Ernährungs- und Rohstofffunktion; Kulturlandschaft; Stabilitätsfunktion für den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum (Sozialkapital); Dienstleistungen

These 5: Der Landwirt als Energie-, Schöpfungs- und Umweltwirt.

Eine neue Partnerschaft mit der Gesellschaft

Daraus resultiert eine neue Partnerschaft mit der Gesellschaft. Bauern und Verbraucher sind aufeinander angewiesen, Ökologie muss sich aber rechnen. Das geltende System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechung (VGR) ist zu einer ökologischen Gesamtrechnung weiter zu entwickeln (ÖGR). Subventionen sind als Leistungsentgelte zu verbuchen.

Sozialen Zusammenhalt sichern

Fazit: Wer den Lebenswirt (Ernährung plus Rohstoffe und Kulturlandschaft) als Zukunftsmodell einer nachhaltigen Landbewirtschaftung will, muss heute dem Landwirt eine Chance geben. Eines ist nämlich auch klar: Für die Ernährungssicherung würde ein Drittel der heutigen Betriebe ausreichen, nicht aber für die Stabilität des ländlichen Raumes und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.